

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben

Sitzung: Dienstag, 08.11.2022

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:14 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Mitglieder

Frau Susanne Hahn - SPD

Herr Detlef Kühn - SPD

Frau Sonja Lerche - SPD

Herr Ulrich Volkmann - SPD

Vertretung für: Herrn Matthias Disterheft

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Frau Kathrin Karola Viergutz - B90/GRÜNE

Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU

Vertretung für: Herrn Maximilian Pohler

Herr Thorsten Köster - CDU

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

bis 17:03 Uhr

Herr Kai Tegethoff - Die FRAKTION. BS

weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS

Herr Sven-Markus Knurr - Direkte Demokraten

Herr Mathias Möller - FDP

Herr Stefan Wirtz - AfD

Frau Gunhild Salbert - Seniorenrat Braunschweig

sachkundige Bürger

Herr Jan Höltje - CDU

Herr Dr. Frank Schröter - B90/GRÜNE

Frau Susanne Schroth - B90/GRÜNE

Herr Oskar Schwarz - CDU

Herr Dr. Helge Wendenburg - SPD

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Herr Burkhard Wiegel - FBL 66

Herr Stephan Kühl - FBL 60

Frau Bianca Winter - RefL 0600

Herr Wilhelm Eckermann - FBL 65

Frau Katja Sellmann - stv. RefL 0600

Herr Timo Weichsler - RefL 0660

Herr Lars Wilmschen - Ref. 0800

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Herr Matthias Disterheft - SPD

entschuldigt

Herr Maximilian Pohler - CDU

entschuldigt

weitere Mitglieder

Herr Aytekin Demirbas - Behindertenbeirat Braunschweig

entschuldigt

Herr Uwe Mickler - Polizeiinspektion Braunschweig

entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Shivam-Ortwin Tokhi - SPD

entschuldigt

Verwaltung

Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII

entschuldigt

Herr Dirk Franke - RefL 0650

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-----|---|----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Mitteilungen | |
| 2.1 | Bahnsteiganhebung und Modernisierung von Stadtbahnhaltestellen | 22-18673 |
| 2.2 | Energiegewinnung aus Abwasser | 22-19761 |
| 2.3 | Mündliche Mitteilungen | |
| 3 | Entgeltordnung der Stadt Braunschweig für den Betrieb gewerblicher Art (BgA) "B 660 Parkraumbewirtschaftung auf öffentlichen Flächen" | 22-19221 |

3.1	Entgeltordnung der Stadt Braunschweig für den Betrieb gewerblicher Art (BgA) "B 660 Parkraumbewirtschaftung auf öffentlichen Flächen" - Änderungsantrag zur Vorlage 22-19221	22-19976
4	Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO)	22-19222
4.1	Änderungsantrag zu 22-19222 - Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO)	22-19930
4.2	Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) - Änderungsantrag zur Vorlage 22-19222	22-19975
5	Ausweitung des gebührenpflichtigen Parkens innerhalb der Okerumflut (Zone I)	22-19665
6	Querungshilfe Kirchstraße	22-19325
7	Einrichtung einer Tempo 30-Zone in den Straßen Isarstraße, Illerstraße (nördlich Isarstraße), Altmühlstraße und Naabstraße	22-19478
8	Erneuerung des Bahnübergangs Teufelsspring zwischen Stiddien und Timmerlah	22-19664
9	Anfragen	
9.1	Status eines Grundstücksabschnittes auf der ehemaligen Grasse-ler Straße südlich des Flughafenareals	22-19888
9.1.1	Status eines Grundstücksabschnittes auf der ehemaligen Grasse-ler Straße südlich des Flughafenareals	22-19888-01
9.2	Das Stralsunder Seniorenticket 70+ - ein Erfolgsmodell für Braunschweig?	22-19848
9.2.1	Das Stralsunder Seniorenticket 70+ - ein Erfolgsmodell für Braunschweig?	22-19848-01
9.3	Standards für Fahrradstraßen	22-19901
9.3.1	Standards für Fahrradstraßen	22-19901-01
9.4	Wartezeitverkürzungen durch elektronische Stellwerke?	22-19849
9.4.1	Wartezeitverkürzungen durch elektronische Stellwerke?	22-19849-01
9.5	Mündliche Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie begrüßt Herrn Wiegel, der erstmalig als neuer Leiter der Fachbereichs 66 Tiefbau und Verkehr an der Sitzung des Ausschusses teilnimmt.

Die Ausschussvorsitzende informiert, dass Ratsherr Pohler durch Ratsherr Bratschke sowie Ratsherr Disterheft durch Ratsherr Volkmann vertreten wird. Bürgermitglied Tokhi und Herr Demirbas fehlen entschuldigt. Stadtrat Herlitschke fehlt entschuldigt und wird vertreten durch Herrn Eckermann.

Sie regt an, die TOPs 3 bis 5 aufgrund ihres inhaltlichen Zusammenhangs gemeinsam zu beraten und informiert, dass die Verwaltung die nichtöffentliche Beschlussvorlage 22-19945 (TOP 12.5) zurückzieht.

Ausschussvorsitzende Kluth stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Mitteilungen

2.1. Bahnsteiganhebung und Modernisierung von Stadtbahnhaltestellen 22-18673

Stadtbaurat Leuer erläutert die Mitteilung der Verwaltung.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

2.2. Energiegewinnung aus Abwasser 22-19761

Stadtbaurat Leuer erläutert die Mitteilung der Verwaltung.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

2.3. Mündliche Mitteilungen

2.3.1

Herr Wiegel informiert unter Bezugnahme auf eine Nachfrage von Ratsfrau Kluth in der AMTA-Sitzung vom 13.05.2022 zur Sanierung der Fuß-/Radwege entlang der Alten Frankfurter Straße sowie der Friedrich-Seele-Straße. In der Friedrich-Seele Straße besteht nur ein Fußweg, der Radverkehr wird auf der Fahrbahn geführt. Der Gehweg ist in einem dem Alter entsprechenden Zustand ohne Gefahrenstellen und wird regelmäßig durch Begehung überprüft. Gefahrenstellen werden umgehend durch die Regiekolonnen des Bauhofes behoben. Eine Sanierung ist in den nächsten Jahren nicht geplant. Entlang der Alten Frankfurter Straße verläuft ein gemeinsamer Geh-/Radweg. Dieser ist bis auf wenige kleinere, unbedenkliche Risse von der Theodor-Heuss-Straße bis zur Marienberger Straße in einem guten Zustand und bedarf auch längerfristig keiner Sanierung. Auch hier wird regelmäßig der Zustand überprüft. Von der Einmündung der Marienberger Straße bis zum Rhönweg ist der Zustand schlechter jedoch ohne Gefahrenstellen. Hier werden durch Zeitvertragsfirmen in 2022 und 2023 punktuell in kleinen Abschnitten schadhafte Bereiche saniert. Eine generelle Sanierung

auf ganzer Länge ist nicht eingeplant, jedoch mittelfristig notwendig.

2.3.2

Stadtbaurat Leuer kündigt das Erfordernis einer nichtöffentlichen Sondersitzung des AMTA zum Zwecke der Beschlussfassung über Auftragsvergaben an. Diese Sitzung soll am 25. November 2022, 14.30 Uhr, stattfinden.

- | | | |
|-------------|---|-----------------|
| 3. | Entgeltordnung der Stadt Braunschweig für den Betrieb gewerblicher Art (BgA) "B 660 Parkraumbewirtschaftung auf öffentlichen Flächen" | 22-19221 |
| 3.1. | Entgeltordnung der Stadt Braunschweig für den Betrieb gewerblicher Art (BgA) "B 660 Parkraumbewirtschaftung auf öffentlichen Flächen" - Änderungsantrag zur Vorlage 22-19221 | 22-19976 |

Stadtbaurat Leuer erläutert die Vorlage der Verwaltung und bezieht dabei die Vorlagen 22-19222 (TOP 4) und 22-19665 (TOP 5) mit ein.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Mundlos informiert Stadtbaurat Leuer, dass Östliches und Westliches Ringgebiet potenzielle Erweiterungsgebiete darstellen, die aber aktuell nicht für die Parkraumbewirtschaftung vorgesehen sind.

Ratsherr Kühn regt zur Attraktivierung des Carsharings die Entwicklung günstiger Sonderregelungen für das Abstellen von Carsharing-Fahrzeugen an. Stadtbaurat Leuer sagt eine Information des Ausschusses zu einer Sitzung im Frühjahr 2023 zu.

In diesem Kontext regt Bürgermitglied Dr. Wendenburg an, auch die Thematik „Bewohnerparken“ resp. Gebühren für Bewohnerparkausweise aufzugreifen. Er verweist hierzu auf die Stadt Freiburg, deren Gebühr sich aus Klimaschutzgründen an der Größe der Fahrzeuge orientiert.

Ratsherr Tegethoff bringt den Änderungsantrag 22-19976 ein und begründet diesen.

Ratsherr Köster spricht sich für die CDU-Fraktion dafür aus, die Vorlage 22-19221 sowie den Änderungsantrag 22-19976 passieren zu lassen, damit im fachlich zuständigen Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung die Auswirkungen der Umsatzsteuerpflicht für die Stadt Braunschweig auf den betreffenden Parkflächen dargelegt werden kann. Er verweist darauf, dass es zur Umsatzsteuerpflicht unterschiedliche rechtliche Einschätzungen gibt.

Ratsherr Dr. Plinke schließt sich der Bitte auf Passieren lassen an, damit sich der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung insgesamt mit der Auswirkung der Umsatzsteuer auf alle hiervon betroffenen verschiedenen städtischen Leistungen befassen kann.

Sodann lässt Ausschussvorsitzende Kluth über den Geschäftsordnungsantrag auf Passieren lassen der Vorlage 22-19221 und des Änderungsantrags 22-19976 abstimmen.

Beschluss zu Vorlage 22-19221:

„Die erste Entgeltordnung für den Betrieb gewerblicher Art „B 660 Parkraumbewirtschaftung auf öffentlichen Flächen“ der Stadt Braunschweig wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis zu Vorlage 22-19221 (zum Antrag auf Passieren lassen):

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Beschluss zu Änderungsantrag 22-19976:

Die erste Entgeltordnung für den Betrieb gewerblicher Art „B 660 Parkraumbewirtschaftung auf öffentlichen Flächen“ der Stadt Braunschweig wird beschlossen.

Die der Ursprungsvorlage 22-19221 als Anlage beigefügte Fassung der Entgeltordnung wird in Satz 1 des § 2 wie folgt geändert:

Das Wort "inklusive" wird durch das Wort "zuzüglich" ersetzt.

Abstimmungsergebnis zu Änderungsantrag 22-19976 (zum Antrag auf Passieren lassen):

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- | | | |
|-------------|--|-----------------|
| 4. | Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) | 22-19222 |
| 4.1. | Änderungsantrag zu 22-19222 - Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) | 22-19930 |
| 4.2. | Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) - Änderungsantrag zur Vorlage 22-19222 | 22-19975 |

Ratsherr Möller bringt den Änderungsantrag 22-19930 der FDP-Fraktion ein und begründet diesen.

Ratsherr Köster erklärt für die CDU-Fraktion die Zustimmung zum Änderungsantrag 22-19930, da die Gewährleistung der Erreichbarkeit der Innenstadt essentiell ist.

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass die Anwohnerinnen und Anwohner von der Verwaltung unterstützt werden und die Möglichkeit des Erwerbs eines Bewohnerparkausweises besteht. Für Kundinnen und Kunden besteht mit der vorgesehenen Höchstparkdauer ausreichend Gelegenheit, Besorgungen durchzuführen. Gebührenfreies Parken in Teilbereichen vorzusehen, sieht Stadtbaurat Leuer kritisch, da der Parkraum Kundinnen und Kunden sowie Anwohnerinnen und Anwohnern, nicht jedoch Dauerparkenden zur Verfügung stehen soll. Gebührenfreie Parkplätze würden hingegen Dauerparkende in diese Quartiere ziehen und Parksuchverkehr erzeugen. Verkehrlich stellt eine konsequente einheitliche Bewirtschaftung der Parkplätze aus Sicht von Stadtbaurat Leuer die eindeutig bessere Lösung dar.

Ratsherr Dr. Plinke kündigt für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Änderungsantrags 22-19930 an und hebt u.a. die Lenkungsfunction der Parkgebühren hervor.

Zu den Bedenken von Ratsherr Wirtz zur Erzeugung eines Schilderwaldes verweist Stadtbaurat Leuer auf die in der Innenstadt großflächig angelegten Parkbezirke. Anwohnerinnen und Anwohner werden auf allen bewirtschafteten Parkplätzen und den in Teilbereichen reinen Bewohnerparkplätzen parken können. Er ist überzeugt, dass es mit einfachen Regelungen möglich ist, Schilder nur in einem notwendigen Umfang aufzustellen.

Ratsfrau Hahn erklärt für die SPD-Fraktion die Ablehnung des Änderungsantrag 22-19930.

Ratsherr Tegethoff bittet, den Änderungsantrag 22-19975 passieren zu lassen.

Ratsfrau Kluth lässt zunächst über den Änderungsantrag 22-19930, danach über den Änderungsantrag 22-19975 und anschließend über die Vorlage 22-19222 abstimmen.

Beschluss zu Änderungsantrag 22-19930:

Die als Anlage beigefügte Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) wird *unter der Maßgabe beschlossen, dass (analog zur Systematik in Parkgebührenzone II) in der Parkgebührenzone I die zeitlich gestaffelte Parkgebührenordnung bis hin zur maximalen Parkdauer von 24 h erweitert wird. § 1 Absatz (2) wird dazu entsprechend angepasst in der angehängten ParkGO.*

Abstimmungsergebnis zu Änderungsantrag 22-19930:

dafür: 3 dagegen: 8 Enthaltungen: 0

Beschluss zu Änderungsantrag 22-19975:

Die Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) wird beschlossen.

Die der Ursprungsvorlage 22-19222 als Anlage beigefügte Neufassung der ParkGO wird in § 1 (2) bezogen auf die Parkgebührenzone I wie folgt geändert:

"In der Parkgebührenzone I entsprechen die Parkgebühren der Höhe nach den Brutto-Parkentgelten nach § 2 der Entgeltordnung der Stadt Braunschweig für den Betrieb gewerblicher Art (BgA) „B 660 Parkraumbewirtschaftung auf öffentlichen Flächen".

Die Höchstparkdauer in der Parkgebührenzone I beträgt während der entgeltpflichtigen Zeiten 180 Minuten."

Abstimmungsergebnis zu Änderungsantrag 22-19975 (zum Antrag auf Passieren lassen):

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Beschluss zu Vorlage 22-19222:

„Die als Anlage beigefügte Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) wird beschlossen."

Abstimmungsergebnis zu Vorlage 22-19222:

dafür: 7 dagegen: 0 Enthaltungen: 4

5. Ausweitung des gebührenpflichtigen Parkens innerhalb der Okerumflut (Zone I) 22-19665

Ratsherr Dr. Plinke erklärt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Zustimmung zur Verwaltungsvorlage. Auf seine Nachfrage kündigt Stadtbaurat Leuer an, mit Beginn der vollständigen Bewirtschaftung der Parkflächen innerhalb der Okerumflut auch mögliche Wechselwirkungen in den östlichen und westlichen Übergangsbereichen zu beobachten und den Gremien einen Vorschlag zum Umgang mit Problembereichen zu unterbreiten.

Beschluss:

„Der Ausweitung des gebührenpflichtigen Parkens innerhalb der Okerumflut (Parkzone I) wird zugestimmt."

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

6. Querungshilfe Kirchstraße 22-19325

Beschluss:

„Der Planung und dem Bau der Querungshilfe Kirchstraße entsprechend der Anlagen wird zugestimmt."

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

7. Einrichtung einer Tempo 30-Zone in den Straßen Isarstraße, Illerstraße (nördlich Isarstraße), Altmühlstraße und Naabstraße 22-19478

Ratsherr Dr. Plinke erklärt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Zustimmung zu der Vorlage und spricht sich für eine Ausweitung von Tempo 30-Zonen in der Weststadt aus.

Beschluss:

„Der Einrichtung einer Tempo 30-Zone in den Straßen Isarstraße, Illerstraße (Straßenabschnitt nördlich der Isarstraße), Altmühlstraße und Naabstraße wird zugestimmt."

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

8. Erneuerung des Bahnübergangs Teufelsspring zwischen Stiddien und Timmerlah 22-19664

Auf Nachfrage von Ratsherr Dr. Plinke erläutert Stadtbaurat Leuer die Einbindung der Verwaltung durch die DB Netz AG im Planungsverfahren. Er geht davon aus, dass die DB der Verwaltung im weiteren Verfahren die Planung vorstellen wird und stellt in Aussicht, diese Planung dann auch dem Ausschuss zur Kenntnis zu geben.

Protokollnotiz: Ratsfrau Lerche verlässt um 16:23 Uhr die Sitzung.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Arning stellt Stadtbaurat Leuer die Unterschiede zwischen den Vorhaben Bahnübergang Teufelsspring und Bahnübergang Grünwaldstraße dar, die im 1:1 Ersatz unter Beibehaltung der heutigen Straßenraumsituation am Teufelsspring bestehen.

Protokollnotiz: Ratsfrau Lerche nimmt ab 16:26 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth unterbricht nach der Abstimmung die Sitzung für eine Pause von 16:27 Uhr bis 16:39 Uhr.

Beschluss:

„Die DB Netze wird gebeten, die Planung zur Erneuerung des Bahnübergangs Teufelsspring zwischen Stiddien und Timmerlah im Bestand (1:1 Erneuerung) unter Beibehaltung der heutigen straßenräumlichen Situation vorzunehmen.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

9. Anfragen

9.1. Status eines Grundstücksabschnittes auf der ehemaligen Graseseler Straße südlich des Flughafenareals 22-19888

9.1.1. Status eines Grundstücksabschnittes auf der ehemaligen Graseseler Straße südlich des Flughafenareals 22-19888-01

Protokollnotiz: Ratsfrau Hahn nimmt ab 16:40 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Stadtbaurat Leuer beantwortet die Anfrage der BIBS-Fraktion.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 22-19888-01 wird zur Kenntnis genommen.

9.2. Das Stralsunder Seniorenticket 70+ - ein Erfolgsmodell für Braunschweig? 22-19848

9.2.1. Das Stralsunder Seniorenticket 70+ - ein Erfolgsmodell für Braunschweig? 22-19848-01

Stadtbaurat Leuer beantwortet die Anfrage der Gruppe Direkte Demokraten.

Protokollnotiz: Ratsherr Köster nimmt ab 16:44 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 22-19848-01 wird zur Kenntnis genommen.

9.3. Standards für Fahrradstraßen

22-19901

9.3.1. Standards für Fahrradstraßen

22-19901-01

Stadtbourat Leuer beantwortet die Anfrage der BIBS-Fraktion.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 22-19901-01 wird zur Kenntnis genommen.

9.4. Wartezeitverkürzungen durch elektronische Stellwerke?

22-19849

9.4.1. Wartezeitverkürzungen durch elektronische Stellwerke?

22-19849-01

Stadtbourat Leuer beantwortet die Anfrage der Gruppe Direkte Demokraten.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 22-19849-01 wird zur Kenntnis genommen.

9.5. Mündliche Anfragen

9.5.1

Ratsherr Kühn fragt nach dem Sachstand des zum Haushalt 2022 beschlossenen Antrags FWI 77 (Vorplanung von zwei Radwegen an den Landesstraßen L473 (Timmerlah - Groß Gleidingen) und der L611 (Völkenrode - Bortfelder Kreisel).

Herr Wiegel informiert hierzu über die seitens der Verwaltung mit der für Landesstraßen zuständigen Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) geführten Gespräche hinsichtlich der Möglichkeit von Planung und Bau straßenbegleitender Radwege an den genannten Strecken. Das Land kann zum derzeitigen Zeitpunkt keine Finanzierung zusagen. Fördermittel über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) einzuwerben ist nicht möglich, da diese Mittel nicht für Radwege an Landesstraßen eingesetzt werden dürfen.

Die Verwaltung beabsichtigt gemäß Ratsauftrag, für beide Radwege eine Vorentwurfsplanung auszuschreiben. Wenn die Gespräche mit den beteiligten Gebietskörperschaften hinsichtlich einer Bereitschaft, sich an den Kosten der Maßnahme zu beteiligen, zu einem positiven Ergebnis führen, könnten Planungsaufträge vergeben und Mitte 2023 dem Ausschuss erste Entwürfe der Planung vorgelegt werden.

Für die Beauftragung der weiteren Planungsschritte wären weitere Haushaltsmittel bereitzustellen. Ein Förderantrag kann allerdings erst gestellt werden, wenn ein verbindlicher Gremienbeschluss vorliegt und die Finanzierung sichergestellt ist. Welche Fördertöpfe dann infrage kommen, kann verbindlich erst nach Prüfung der dann geltenden Förderbedingungen beurteilt werden.

Für weitere Planungen und die Realisierung stehen keine Haushaltsmittel - insb. vor dem Hintergrund der Finanzierung von Vorhaben, die ursächlich Aufgabe der NLStBV sind - zur Verfügung. Völlig ungeklärt ist, ob die erforderlichen Grundstücke erworben werden können.

9.5.2

Auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth informiert Stadtbourat Leuer, dass zusammengefasst aktuell 5,75 Stellen und ab dem 1. Januar 2023 6,5 Stellen mit der Bearbeitung des Ziele- und Maßnahmenkatalogs „Radverkehr in Braunschweig“ (ZMK) befasst sind. Eine belastbare Einschätzung, ob die personelle Besetzung ausreichend für die Erreichung der Ziele ist, kann erst erfolgen, wenn alle vorhandenen Stellen besetzt und die Einarbeitungsphasen abgeschlossen sind.

9.5.3

Zur Nachfrage von Ratsfrau Kluth bezüglich der Lastenradförderung informiert Stadtbaurat Leuer über die Höhe der Nachfrage je Zielgruppe. Die Mittel wurden bislang nicht ausgeschöpft. Aktuell sind in 2022 noch Mittel in Höhe von rund 40.000 Euro verfügbar.

Das Gutachten für die Realisierung eines Fahrradverleihsystems in Braunschweig (DS 21-15701) empfiehlt klassische Fahrräder zu berücksichtigen und keine Lastenräder oder Pedelecs. Eine Berücksichtigung von Lastenrädern für ein öffentliches Fahrradverleihsystem in Braunschweig ist bei der Höhe der im Haushalt hinterlegten Mittel nicht realisierbar.

Ratsfrau Kluth weist auf das Alter des Gutachtens hin und regt aufgrund der Nachfrage nach Lastenrädern eine Evaluierung an.

9.5.4

Stadtbaurat Leuer informiert zur Sachstandsnachfrage von Ratsfrau Kluth hinsichtlich des Ausbaus der Fahrradinfrastruktur Bienroder Weg. Die Streckenabschnitte Bültenweg von der Nordstraße bis zum Bahnübergang (Abschnitte 1 - 3) befinden sich in der Planung, der erste Abschnitt bereits in der Umsetzung. Für Abschnitt 3 stehen Haushaltsmittel aus einem Ratsantrag zum Haushalt zur Verfügung. Für den Abschnitt 2 gibt es derzeit keine Haushaltsmittel.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos verlässt um 17:03 Uhr die Sitzung.

9.5.5

Auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth informiert Stadtbaurat Leuer über die im Haushalt abgebildeten Ansätze für den Betrieb eines Fahrradverleihsystems in Braunschweig. Für 2022 sind 100.000 Euro und ab 2023 jährlich 350.000 Euro eingeplant.

9.5.6

Stadtbaurat Leuer erklärt auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth, dass Ansatzveränderungen für den folgenden Haushalt noch nicht benannt werden können.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schließt die Sitzung um 17:14 Uhr.

gez. Kluth	gez. Leuer	gez. Eckermann	gez. Ender
Kluth - Vorsitz -	Leuer - Stadtbaurat -	Eckermann - Fachbereichsleiter -	Ender - Schriftführung -